

Beitrag zur Friedensdemo am 22. Februar 2025

Liebe Mitstreiter und Mitstreiterinnen für Frieden und Freiheit, Toleranz und so vieles mehr, das uns verbindet!

Ich bin dankbar, hier sprechen zu können.

Heute ist viel von der weltweiten Wirtschaftskrise die Rede und es wird der Vergleich mit der Weltwirtschaftskrise Ende der 1920er Jahre gezogen. Natürlich fällt mir das als Historikerin auch gleich ein, diese Krise, die unter anderem Auslöser für das unheilvollste Kapitel der deutschen Geschichte, der Nazizeit, wurde.

Aber der Vergleich ist nur auf den ersten Blick richtig.

Ja, auch heute machen sich viele Menschen Sorge um ihren Arbeitsplatz. Wie damals ist eine Regierungskoalition zerbrochen und wie damals erstarken heute wieder rechtspopulistische Parteien.

Aber es gibt sehr gravierende Unterschiede: das Ende des Ersten Weltkrieges war nur etwas mehr als 10 Jahre her, die Menschen erinnerten sich mit Schrecken an den Krieg, die ehemaligen Soldaten waren desillusioniert, viele auch traumatisiert. Es gab 5,6 Millionen Arbeitslose, was einer Arbeitslosenquote von fast 35 Prozent entsprach.

Viele Menschen gaben der neuen Staatsform Demokratie die Schuld an der Krise – und nicht der Monarchie, die den Krieg verschuldet hatte. Diese demokratische Staatsform war noch nicht vertraut und eingeübt.

Wir tun also gut daran, die jetzige wirtschaftliche Lage nicht mit der Ende der 20er Jahre zu vergleichen, trotz einer heutigen Arbeitslosenquote von 6,4 Prozent.

Und wir müssen glücklich sein, sie nicht vergleichen zu können, denn wir können auf 80 Jahre Frieden in unserem Land zurückblicken. Und mit dem Frieden auf 80 Jahre Demokratie. Wir haben 8 Jahrzehnte Zeit gehabt, Demokratie zu üben, zu lernen, wie das geht, Kompromisse zu finden, sich über Parteigrenzen hinweg zu verständigen, auch wenn man dies heute angesichts der teilweise auch sehr persönlichen Schärfe der Debatten in Zweifel ziehen muss.

In diesen 80 Jahren hatten wir acht Kanzler und eine Kanzlerin in insgesamt 20 Wahlperioden, nicht 20 Kabinette in 13 Jahren wie zur Zeit der Weimarer Republik.

Die morgige Neuwahl zum Deutschen Bundestag ist also keineswegs eine Bankrotterklärung unseres Systems, wie die AfD behauptet.

Nein, wir haben Demokratie gelernt, oder zumindest mehr als 80 Prozent von uns! Und wir Demokratinnen und Demokraten werden uns die Demokratie nicht zerstören lassen von einer ewig gestrigen Gruppe, die dem Nationalstaatsdenken des 19. Jahrhunderts anhängt. Einer Nationalstaatlichkeit, die ihr „Deutschtum“ wie damals über alles setzt und andere Menschen abwertet und ausgrenzt.

Um in Frieden leben zu können, müssen wir mit unseren europäischen Nachbarn Hand in Hand gehen und uns nicht vor den Karren der Diktatoren dieser Welt spannen lassen.

Machen wir das Richtige und wählen wir morgen keine Partei, die das Untergraben der Demokratie im Wahlprogramm stehen hat und die den Nationalstaat über alles setzt.

Norbert Lammert, der langjährige Bundestagspräsident und Preisträger der Thomas von Kempen Ehren-Stele gesagt hat: „Die Demokratie steht und fällt mit dem Engagement ihrer Bürger“.

Das zeigen wir heute und das werden wir auch morgen bei unserer Stimmabgabe zeigen und an vielen anderen Tagen, wir schützen unsere Demokratie.